



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/109 - 16. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Kennedy - Chruschtschow?</u> Die internationale Politik wieder in Bewegung	40
2 - 3	<u>Begegnung mit dem Volke</u> Willy Brandt, der Mann der Gemeinsamkeit	61
4	<u>Gewandelter Lebensstil</u> Kantinen - Mittagsplatz für viele Millionen	32
5	<u>Gerechtfertigt?</u> Die Kaffeesteuer und das sozialdemokratische Regierungsprogramm	43
6 - 7	<u>Die Küche-Affäre - Italiens neuester Skandal</u> Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani	95

\* \* \*  
\* \* \*

### Kennedy - Chruschtschow ?

#### Die internationale Politik wieder in Bewegung

sp- Das Gerücht, Präsident Kennedy werde Ministerpräsident Chruschtschow treffen, entstand eigentlich schon vor einigen Wochen, als US-Botschafter Thompson mit einer persönlichen Botschaft des amerikanischen Präsidenten den Kremlchef in Sibirien aufsuchte. Damals hiess es, Kennedy wollte Chruschtschow bewegen, die westlichen Vorschläge auf der Genfer Konferenz über den Stopp der Atomwaffenversuche ernsthaft zu prüfen. Inzwischen weisse man, dass Chruschtschow im "Gegenzug" dem amerikanischen Präsidenten bilaterale Verhandlungen zwischen Moskau und Washington über das gesamte Abrüstungsproblem vorgeschlagen hat.

Chruschtschow liess dann vor etwa 14 Tagen in einer Rede in Armenien durchblicken, Washington habe in Prinzip sowjetisch-amerikanische Abrüstungsverhandlungen akzeptiert. Jedoch schon einige Stunden nach Bekanntwerden der Rede Chruschtschows verkündete man im Weissen Haus, es sei falsch anzunehmen, dass die von Chruschtschow erwähnten Verhandlungen "in der Sache" geführt werden sollten; vielmehr sei daran gedacht, gewisse Formalitäten für die Aktivierung eines grossen internationalen Abrüstungsgesprächs zu erörtern.

Dabei scheint es jedoch nicht geblieben zu sein und die jetzt aus der Sowjetunion und den USA zu uns gelangenden Nachrichten zeigen, dass der Draht zwischen Kennedy und Chruschtschow bereits gespannt ist.

Nun muss man wissen, dass diese -für manchen vielleicht überraschende Entwicklung- starke Impulse durch die in der UNO vertretenen neutralen Staaten erhalten hat. Nach der mehrwöchentlichen Reise des jugoslawischen Staatschefs Tito durch den afrikanischen Kontinent und im Zusammenhang mit einer starken diplomatischen Tätigkeit zwischen Belgrad, Kairo und Neu Delhi wird das Drängen der nicht blockgebundenen UNO-Mitglieder nach Intensivierung der Abrüstungsverhandlungen immer stärker. Voraussichtlich werden die neutralen Staaten schon im Juni zu einer Konferenz zusammentreten -man spricht bereits von Zo Zussagen- und dort von Moskau und Washington kategorisch verlangen, auch die Stimme der neutralen Staaten bei allen Abrüstungsgesprächen zu hören und zu berücksichtigen.

Es ist also möglich, dass Kennedy und Chruschtschow diesen Verlangen entgegenkommen wollen, da ja beide Staatsmänner bemüht sind, sich das Vertrauen der neutralen Staaten zu erhalten. Aber unabhängig davon, ob jetzt schon bald ein Treffen Kennedy-Chruschtschow zustandekommt, bleibt festzustellen, dass die grosse internationale Politik nach 100 Tagen Kennedy-Regierung wieder in Bewegung geraten ist.

\* \* \*

### Begegnung mit dem Volke

Der - Wer heute von Berlin spricht, muß auch von seinem Regierenden, dem sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt sprechen. Willy Brandt, der "Wahlberliner", gehört nicht nur der außer Funktion gesetzter Hauptstadt Deutschlands; er gehört heute als eine im wahrsten Sinne des Wortes nationale Persönlichkeit dem ganzen deutschen Volke, vielen zum Mißvergnügen, vielen als Hoffnung für ein Deutschland, das, wieder vereinigt unter einem Dach, zu sich selbst gefunden hat. Seine Partei, die Deutsche Sozialdemokratie, hat ihn zu ihrem Bannerträger erkoren, und sie tut gut daran.

Der Name des Regierenden ist in allen Kontinenten bekannt und manche in demokratischen Traditionen herangewachsene Nation würde ihn gern zu den Ihren zählen. Wo immer er zum Beispiel in Skandinavien aufvaucht, öffnen sich ihm die Türen und die Herzen, und mit wem er auch immer auf seiner weltweiten Reisen zusammentraf, fand er aufmerksames Gehör - sowohl bei den Staatsmännern wie bei den vielzitierten Mann auf der Straße. Mit seinem Namen verknüpft sich der Selbstbehauptungswille des stets bedrohten Berlin, verknüpft sich die noch zu bewährende Widerstandskraft der jungen deutschen Demokratie. Er und seine Partei sind einem uns freundlich gesinnten, um Deutschland besorgten Ausland die Bürgschaft, daß ein möglicher Regierungswechsel, in demokratischen Ländern ein selbstverständlicher Vorgang, nicht von neuen, die Welt beunruhigenden Irrwegen und kraftprotzischer Einzelgängertum deutscher Politik begleitet sein wird.

Sympathie und Vertrauen, unerlässliche Merkmale eines im Volke wurzelnden Politikers, schlagen dem Regierenden entgegen. Die Männer und Frauen, die Jungen und die Alten aus den Dörfern der idyllischen, im Maiengrün prangenden Vorderpfalz, aus den Gemeinden und Städten von Rheinland-Pfalz, die in diesen Tagen Willy Brandt erlebten, sind überzeugender Beweis dafür. Ungezählte unsäumten die Straßen, durch die er und seine Begleitung fuhren, sie kamen ohne Zwang, getrieben von der Neugierde, den Mann zu sehen, der sich vorgenommen hat, dem deutschen Schicksal eine Wendung zum Besseren zu geben. Auch dort, wo kein Aufenthalt vorgesehen war, mußte die Wagenkolonne halten, mußte Willy Brandt aussteigen, die vielen Hände schütteln. Der unmittelbare Kontakt mit

allen Schichten der Bevölkerung vermittelt dem Anwärter auf das Kanzleramt Einsichten und Einblicke, wie sie keine Lektüre zu geben vermag; er hört das Herz des Volkes schlagen. Wo er erscheint und spricht, wird das Gemeinsame sichtbar, das alle miteinander verbindet.

Die machtgewohnte CDU verfolgt die Tätigkeit des Kanzlerkandidaten mit Unbehagen. Der Wahlkampf hat zwar noch nicht richtig begonnen; aber es ist unvermeidlich, daß Elemente der kommenden Wahlauseinandersetzung in die Gespräche und Begegnungen Willy Brandts einfließen. Unterschwellig klingt der Vorwurf, Brandt vernachlässige durch seine Reisetouren die Berliner Geschäfte, jeder Tag, den er in der Bundesrepublik als Kanzlerkandidat verbringe, gehe auf Kosten der bedrohten Hauptstadt Deutschlands; die Berliner CDU müsse gutmachen, was der Regierende versäume.

Kann die Gegenpielerin der Deutschen Sozialdemokratie keine würdigeren, besseren Argumente finden? Willy Brandt wird durch diese Pfeile gewiß nicht getroffen, wohl aber das Amt, das er ausübt und das Amt, auf das er sich vorbereitet.

Durch Willy Brandt klingt weit hörbar, mahnend und aufrüttelnd, die Stimme Berlins. Der Mann, mit dem viele Millionen deutsche Wähler in den nächsten Monaten noch in direkten Kontakt kommen werden, hat, erfüllt von Patriotismus und einem hohen Verantwortungsgefühl für das Ganze, sein volles Gewicht und seine ganze Persönlichkeit für eine Entscheidung eingesetzt, von der, wie immer sie auch ausgehen mag, die Gestaltung der deutschen Zukunft bestimmt wird. Das sollte auch seinen erbittertesten innenpolitischen Gegnern Respekt einflößen.

### Gewandelter Lebensstil

sp - Von 55 Millionen Bundesbürgern - einschliesslich West-Ber-  
ling - essen 7.5 Millionen mittags in Werks- und Behördenkantinen,  
Restaurants und Imbissstuben. 7.5 Millionen Bundesbürger essen ganz-  
tätig in Krankenhäusern, Sanatorien, Anstalten, bei der Bundeswehr  
und in Polizeieinheiten.

Diese Zahlen zeigen, dass sich bei Millionen Menschen in Deutsch-  
land der Lebensstil wandelt. Zum Teil hängt dies damit zusammen,  
dass sehr viele Betriebe durchgehende Arbeitszeit haben und ihrem Per-  
sonal in den Mittagspausen ein warmes Essen bieten. Es zeigt sich, dass  
im Zeichen der Kochkonjunktur in sehr vielen Familien Mann und Frau  
im Produktionsprozess stehen, wodurch selbstverständlich die "famili-  
äre Mittagspause", wie sie wohl früher meist üblich war, wegfällt.  
Sehr viele Arbeiter und Angestellte haben auch einen langen Weg zum  
Arbeitsplatz zurückzulegen, so dass sie nicht in der Lage sind, während  
der Mittagspause ihr Heim aufzusuchen und deshalb die Kantine ihres  
Betriebes in Anspruch nehmen.

Man sieht, schon wenige Hinweise können das Zustandekommen der  
oben erwähnten Zahlen erläutern. Sicher werden die Soziologen und  
Betriebswissenschaftler noch viele andere Gründe angeben können.

Wie dem auch sei: Wenn 7.5 Millionen Bundesbürger ihre Mittage-  
ahlzeiten ausserhalb des Hauses einnehmen, so bedeutet dies, dass  
sich auch in einer liberalen Gesellschaft fast zwangsläufig eine  
Tendenz zur Massengesellschaft zeigt. Die Mitglieder einiger Millionen  
Familien sehen sich oft nur früh vor dem Arbeitsbeginn oder abends,  
wenn sie nach Hause kommen. Da man das Rad der Entwicklung nicht  
zurückdrehen kann, wird es in der modernen Industriegesellschaft not-  
wendig sein, sogar in den Massenbetrieben grosser Werksrestaurants  
für eine gute Küche und eine gewisse Individualität zu sorgen.  
Vielleicht gelingt es auf diese Weise, den Trend zur Massenverpflegung  
etwas aufzuleckern. Grosse Betriebe sind in letzter Zeit dazu über-  
gegangen, die Ernährung ihrer Betriebsangehörigen nach wissenschaft-  
lichen Grundsätzen aufzubauen. Auch so kann etwas Gutes entwickelt  
werden.

Gerechtfertigt

sp - Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird die Kaffee- und Teesteuer schrittweise abschaffen, sie ist eine Anomalie. Kaffee und Tee gehören zu den heute unerlässlichen Genussmitteln, sie sind kein Luxus. Viele Hunderttausende von Haushalten können sich den Kaffee, dieses köstliche Getränk, aber nur an Sonn- und Feiertagen leisten. Dabei ist Kaffee, im Weltmaßstab gesehen, keine Mangelware. Die Brasilianer ersticken in ihm, und auch andere Kaffee produzierende Länder haben grosse Schwierigkeiten, ihn auf den Weltmarkt loszuwerden, obwohl die Anbauflächen für Kaffee starken Begrenzungen unterliegen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat wiederholt im Bundestag Anträge auf Abschaffung der Kaffee- und Teesteuer gestellt. Die jeweiligen Bundesfinanzminister blieben, zum Nachteil der Konsumenten, taub. Sie wollten und wollen auf diese Steuer, die im Bundeshaushalt nur einen verhältnismässig kleinen Posten bildet, für Millionen Hausfrauen aber eine fühlbare Belastung ihres Haushaltsgeldes ist, nicht verzichten. Die Konsumentenfeindlichkeit der Bundesregierung ging sogar so weit, dass sie seinerzeit, als im Rahmen der EWG-Vereinbarungen die Zölle für Tee gesenkt wurden, diese Senkung wieder durch die Erhöhung der Teesteuer beseitigte. Vom Werden und Wachsen des neuen Europa bekamen die geplagten Hausfrauen nichts zu sehen und zu spüren. Eines der erklärten Ziele der EWG ist die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards. Wo dies möglich wäre, stemmt sich die Bundesregierung aus kurzfristig-fiskalischen Gründen dagegen.

Die sozialdemokratischen Anträge in den vergangenen Legislaturperioden erfolgten aber nicht nur im Blick auf den deutschen Konsumenten, sie erstrebten auch eine Erleichterung für die Kaffee produzierenden Länder, die zu den Entwicklungsgebieten zählen. Das wäre, ohne den deutschen Steuerzahler zu belasten, praktische Hilfe gewesen. Auch diesem Gesichtspunkt hat sich die Regierung verschlossen.

Wird sie nun jetzt grössere Einsicht walten lassen? Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ist da besser beraten. Sie wird den Regierungen, vor allem Bonn und Rom, empfehlen, die Kaffee- und Teesteuer als eine "Folgeerscheinung der unhaltbaren kolonialistischen Konzeption" abzuschaffen. Die sozialdemokratische Argumentation hat, wie man sieht, zwar nicht bei der Mehrheitspartei in Bonn Gehör gefunden, wohl aber bei der zuständigen Abteilung der EWG.

Wird die CDU nach dieser Straßburger Empfehlung noch der Mut haben, den Teil des sozialdemokratischen Regierungsprogramms, der die allmähliche Abschaffung einer konsumentenfeindlichen Steuer vorsieht, in das Reich der Phantasie zu verweisen?

Die Kühe-Affäre - Italiens neuester Skandal.

Von unseren Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

In den politischen Kreisen Roms beschäftigt man sich seit einigen Wochen mit dem sonderlichsten aller Skandale, den Italien in dieser an Skandalen wahrlich nicht armen Nachkriegszeit je gekannt hat. Der Ministerpräsident Fanfani wünschte mit eigenen Augen zu sehen, wie und wo die hohen Summen der verschiedenen Fonds angelegt worden seien, die auf Grund eines im Dezember 1947 erlassenen Gesetzes zugunsten der landwirtschaftlichen Umwandlung des Privatbesitzes, der Industrialisierung, des Fremdenverkehrs und des Baus von öffentlichen Werken in Kalabrien, einer der ärmsten Regionen Italiens. Dieses damals sehr umstrittene Gesetz bezweckt, im Laufe der Zeit das Antlitz Kalabriens, das zum Teil Züge aus der Feudalzeit aufweist, von Grund auf zu verwandeln. Seit 1954 sollte aber noch das sogenannte "besondere Gesetz" zugunsten Kalabriens wirken, das für die Dauer von 12 Jahren (Juli 1955 bis Juni 1967) einen "organischen Plan von außerordentlichen Werken festsetzt, für die Regelung der Flussbetten in Gebirgsgegenden, sowie für die Bodenverbesserung und Urbarmachung gewisser Tal- und Berggebiete".

Um die Verwirklichung dieses "besonderen Gesetzes" zu ermöglichen, wurde ein Aufschlag von fünf Prozent auf die allgemeinen Steuern erhoben. Bis 1959 standen, dank diesen Aufschlag, 77 Milliarden und 870 Millionen Lire der zuständigen Stelle (u.a. "Opera Sila") für die "Umwandlung Kalabriens" zur Verfügung. Davon sind aber bisher bloß 16 Milliarden Lire dafür ausgegeben worden. Was geschah mit den übrigen 61 Milliarden und 870 Millionen?

Die Beantwortung dieser Frage musste den Ministerpräsidenten uns mehr interessieren, als in der letzten Zeit neue, für den italienischen Sozialpolitiker beunruhigende Faktoren in Kalabrien auftreten. Im vergangenen Jahre haben 110 000 Kalabreser ihre Heimat in der Hoffnung verlassen, im Norden bessere Lebensverhältnisse anzutreffen. Auch politisch ist eine Kräfteverschiebung im Gange. Während der letzten Wahlen hat die Democrazia Cristiana 110 000 Stimmen verloren, wogegen die Kommunisten und Linksozialisten in 134 neuen Gemeinden die Mehrheit erlangten und dabei 71 Sitze den bis dahin der Democrazia Cristiana gehörenden Gemeinden entzogen haben.

Anstatt zufriedenen und dankbaren Kalabresern zu begegnen, stellen sich allzu oft ganze Scharen von notdürftig gekleideten Menschen vor dem Ministerpräsidenten und seiner Begleitung auf. Sie verlangen "Arbeit", "Licht" und "Kloaken". Die Armut, dass kommunistische Aktivisten diese für die Regierungsleute recht penible Unzüge organisiert haben, darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass tatsächlich in vielen Gegenden Kalabriens eine Beschäftigungsmöglichkeit für die Bewohner nicht gegeben ist, sowie dass Elektrizität und die allernotwendigsten Ableitungswerke an vielen Orten fehlen.

Währenden Fanfani in Piana di Sabari wunderbare Wasserpurpen vorgeführt wurden, deren Wasserstrahl ringsherum die trockene Erde in

+) bestimmt wurden

einen fruchtbaren Garten zu verwandeln versprach, müsste nachträglich der Ministerpräsident feststellen, dass in bedeutenden Städten, wie Catanzaro und Reggio Calabria, das Wasser nur zwischen 7 und 14 Uhr verteilt wird, da zusätzliche Aquädukte fehlen.

Aber der wahre Skandal ereignete sich in Cassano Jonio, als der Ministerpräsident eine moderne und tadellos aussehende landwirtschaftliche Berufsschule besuchte. Dort wurden Fanfani, in vorbildlich gehaltenen Ställen, zwanzig prächtige, gestriegelte und fette Kühe vorgeführt, die "zootechnischen Studien" bestimmt waren. Jedermann bewunderte aufrichtig diese 20 Prachtexemplare, als sie nicht nur Fanfani allein zum ersten Mal zu sehen bekam, sondern auch die anwesende Bevölkerung. Die Freude darüber war überall gross, aber von kurzer Dauer. Denn kaum waren Fanfani und sein Gefolge verneigt, wurden auch die zwanzig prächtigen Kühe verfrachtet. In der nächsten Ortschaft wurden sie wieder ausgeladen und wiederum einige Stunden vor dem Erscheinen des Ministerpräsidenten in den Ställen aufgestellt. Dieser bewunderte sie aufrichtig im Glauben, es handele sich selbstverständlich stets um 20 neue Exemplare. Wie viele Male die "Transferierung der Kühe" (wie jedermann hier den Küheskandal nennt) vor sich gegangen ist, bleibt noch aufzuklären.

Die auf diese Weise an der Nase herumgeführte Bevölkerung (vom Ministerpräsidenten ganz zu schweigen) regte sich. Ein sozialistischer Gemeinderat reichte den zuständigen Behörden eine Interpellation ein; es wurde eine strenge Untersuchung angeordnet, und auch ein Senator verlangte vom Landwirtschaftsminister im Parlament klare Auskunft über die "Transferierung der Kühe in Kalabrien".

In seiner Erklärung meinte der Landwirtschaftsminister, es handele sich um einen durchaus "begrenzten Vorfall". Da in jenen Bauernhof von Cassano der Kauf von 20 Kühen zu Studienzwecken schon vor den Besuche Fanfanis beschlossen worden sei, die Kühe aber noch nicht eingetroffen seien, so habe der Leiter der "Opera Sila" in gutem Glauben gemeint, er könne 20 Prachtexemplare aus einem anderen Ort kommen lassen, um die Ställe dem Ministerpräsidenten nicht leer zu präsentieren. Die Erklärung hat wenige Italiener überzeugt.

Der Kühe-Skandal trifft die Italiener umso mehr als er jedermann an einen ähnlichen Vorfall erinnert. Es ging damals allerdings nicht um harmlose Kühe, sondern um Panzerwagen und Kanonen. Bei grossen Militärparaden, während der faschistischen Ära, denen Mussolini von seinem berühmten Balkon auf der Piazza Venezia in Rom beiwohnen pflegte, defilierten auch stets dieselben 50 oder 100 Panzerwagen an der staunenden Bevölkerung vorbei. Beim Kolosseum angelangt, machten jeweils die Panzerwagen und Kanonen wieder kehrt und defilierten unzählige Male am Balkon vorbei, wobei sie auf diese Weise den Anwesenden eine Militärmacht vorgaukelten, die nie vorhanden gewesen war.

Obwohl Kühen nicht dieselbe Macht wie Panzerwagen zugeschrieben werden kann, sind solche Skandale für die betreffende Bevölkerung traurig genug. Sie sind aber politisch gesehen - für den Beobachter höchst aufschlussreich, und erteilen eine präzise Antwort auf die Frage über die ständige, wenn auch langsam vorsichgehende Zunahme der linksextremen Kräfte in Italien.